polylog

Zeitschrift für interkulturelles Philosophieren

Nr. 5 2000

ISSN 1560-6325 ISBN 3-901989-04-8

erkenntnisquellen

DAVID P. LAWRENCE
Zu Abhinavaguptas Offenbarungstheorie

AHARON SHEAR-YASHUV
Talmudische Gedanken über die »Erkenntnisse der Glaubenslehren«

JAKÓB STUCHLIK
Tod und Geburt der Philosophie in einer spirituellen Praxis des Buddhismus

MANFRED B. STEGER
Führt spirituelle Selbsterfahrung zu mehr Mitgefühl in politischen Ansichten?

HANS SCHELKSHORN
In eigener Sache. Zum Konflikt zwischen Österreich und der Europäischen Union

JAY L. GARFIELD
Zeitlichkeit und Andersheit. Dimensionen hermeneutischer Distanz

SHIN-JA KIM
Dasan Jeongs Theorie der Natur des Menschen

SONDERDRUCK

6
DAVID P. LAWRENCE
Zu Abhinavaguptas Offenbarungstheorie

19
AHARON SHEAR-YASHUV
Talmudische Gedanken über die »Erkenntnisse der Glaubenslehren«

26
JAKÓB STUCHLIK
Tod und Geburt der Philosophie in einer spirituellen Praxis des Buddhismus

31
MANFRED B. STEGER
Führt spirituelle Selbsterfahrung zu mehr Mitgefühl in politischen Ansichten?

4
thema
erkenntnisquellen

forum

36
HANS SCHELKSHORN
In eigener Sache.
Zum Konflikt zwischen Österreich und der Europäischen Union

42
JAY L. GARFIELD
Zeitlichkeit und Andersheit.
Dimensionen hermeneutischer Distanz

62
SHIN-JA KIM
Dasan Jeongs Theorie der Natur des Menschen

75
LOUIS VILLORO
Über Konsensdemokratie
Zu einigen Ideen Kwasi Wiredus

bücher & medien

80
URSULA BAATZ
Tibetischer Buddhismus.
oder: Gibt es einen Ausweg aus Shangri-La?
zu drei Tibet-Büchern der letzten Zeit

82
WOLFGANG TOMASCHITZ
zu R. Elberfeld: Kitaro Nishida

84
NAUSIKAA SCHIRILLA
zu E. Gutiérrez Rodríguez: Intellektuelle Migrantinnen

86
GÜNTHER MAHR
zu V. Flores García: El lugar que da veridad

88
F. OCHIENG-ODHIAMBO
zu S. O. Imbo: An Introduction to African Philosophy

90
URSULA BAATZ
zu K. Baier: Yoga auf dem Weg nach Westen

92
tips

Luis Villoro

Über Konsensdemokratie

Zu einigen Ideen Kwasi Wiredus

Verschiedene Möglichkeiten von Demokratie

Das westliche Modell der repräsentativen Demokratie scheint sich gegenwärtig in der Welt durchzusetzen. In vielen Ländern hat es dazu gedient, sich von einem totalitären System zu befreien, in anderen hat es aber auch zur Zerstörung kollektiver Lebensformen traditioneller Gemeinschaften geführt. Dies ist in vielen Regionen Afrikas der Fall gewesen. Zu dieser Problematik schlägt Kwasi Wiredu in einem anregenden Artikel[1] eine Alternative vor: manche afrikanische Völker haben bereits vor der Kolonisation Formen von Demokratie entwickelt, die sich von westlichen deutlich Modellen unterscheiden. Anstelle der Machtausübung durch die Mehrheit befürworten afrikanische Traditionen den Dialog und Konsens zwischen allen. In der definitiven Übereinkunft bleibt somit niemand ausgeschlossen; statt des Kampfs zwischen verschiedenen Parteien oder der Vorherrschaft einer einzigen Gruppe findet der vernünftige Dialog zwischen allen Mitgliedern der Gemeinschaft statt.

Es ist bemerkenswert, daß diese Formen von Konsensdemokratie eine Analogie zu ähnlichen Praktiken bei vielen indigenen Völkern in Amerika aufweisen, deren Geschichte lange vor die europäische Eroberung zurückreicht. In vielen indigenen Gemeinschaften besteht das Ideal des Konsenses weiter, zu dem man durch die Teilnahme des ganzen Volks an den Versammlungen gelangt. Die Versammlung ernennt auch für verschiedene Aufgaben Personen, die durch ihr fortgeschrittenes Alter und ihre Weisheit hervorragen. Die Regierenden sind der Kontrolle der Mitglieder der Gemeinschaft unterworfen. Wie ein allgemeiner Leitspruch festlegt, sollen sie *»dienen, indem sie gehorchen«*. Durch dieses Vorgehen sucht man die Beziehungen innerhalb der Gemeinschaft zu erhalten; deshalb gerät man oft in Konflikt mit der Herrschaft politischer Parteien, die diese Gemeinschaft spaltet.

Carlos Lenkersdorf, ein Ethnolinguist, beschreibt die Versammlungspraxis in einer tojolabalen Kommunität (einem von den Maya abstammenden Volk) folgendermaßen: *»In der Versammlung ergreifen alle das Wort und diskutieren; am Ende der Diskussion interpretiert und resümiert ein Älterer die Entscheidung, zu der man gelangt ist. Er verkündet: ›wir denken und sagen...‹ D.h. aufgrund der Tatsache, dass er sich schon ein Herz gefaßt hat, gelingt es ihm, unser gemeinschaftliches Denken zu erfassen und er verkündet es. Man ist zu einem Konsens gekommen, der sich im Wort ›wir‹ ausdrückt.*

Luis Villoro (mittlerweile emeritiert) ware 50 Jahre lang an der UNAM und der UMA, Mexiko Stadt, Professor für Philosophie.

[1] Kwasi Wiredu: *Demokratie und Konsens in traditioneller afrikanischer Philosophie. Ein Plädoyer für parteilose Politik* in: polylog Nr. 2, Wien 1999.

Diese Art von Versammlung zeigt uns die verwirklichte Intersubjektivität. Es ist eine Gemeinschaft, die dank der Teilnahme aller und eines jeden lebt.«[2]

Der Geist dieser Tradition inspiriert eine Bewegung, die bestrebt ist, die Rechte der indigenen Völker in verschiedenen Ländern Lateinamerikas – Mexiko, Guatemala, Ekuador, Bolivien – wiederzubeleben. Durch die Verteidigung ihrer Autonomie versuchen sie ihre gemeinschaftlichen Lebensformen, die durch die moderne individualistische Gesellschaft bedroht werden, zu bewahren und zu erneuern.

»Aber an der Idee [einer Konsensdemokratie] selbst ist nichts besonders Afrikanisches. Wenn sie Gültigkeit besitzt, ... dann sollte sie für unsere gesamte Gattung von Belang sein.«

Kwasi WIREDU: in *Demokratie und Konsensus*, polylog Nr. 2 (1999), S. 21

Die repräsentative Demokratie ist ein Verfahren zur Substitution der Macht der Bürger; sie schafft eine soziale Schicht, die an Parteien und öffentlichen Funktionen gebunden ist und den wahren Machthaber darstellt. Diese Schicht wird durch eine politische Bürokratie geschaffen und von der ökonomischen Macht erhalten. Die repräsentative Demokratie baut auf dem Prinzip der Konkurrenz auf. So wie die Parteibürokratie nach einem Wahlsieg ihre eigenen Wähler losläßt, so läßt sie auch, einmal an die Macht gekommen, die Minderheiten, die verloren haben, links liegen. Daher ist der Ausschluß ein notwendiges Merkmal des demokratischen Verfahrens.

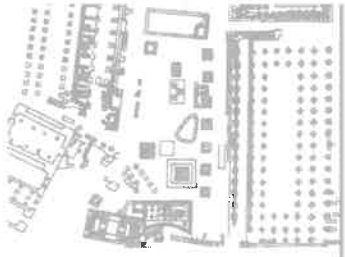
Die Konsensdemokratie, das Ideal vieler nichtokzidentaler Gemeinschaften, kann daher als Korrektiv für die inhärenten Mängel der repräsentativen Demokratie präsentiert werden, und zwar mit demselben Gewicht wie die Vorschläge anderer [westlicher] Autoren für eine »radikale« oder »partizipative« Demokratie. Das Konzept einer Konsensdemokratie kann den Akzent auf Verfahrensweisen legen, die die Teilnahme aller Personen einer Gesellschaft an den Entscheidungen, die sie betreffen, und die Kontrolle über diejenigen, die sie repräsentieren, sicher stellen. Sie basiert nicht auf der Konkurrenz der Parteien, sondern auf dem Prinzip des Einverständnisses. Ihre regulative Idee ist es, den Ausschluß zu vermeiden. Entgegen dem Konkurrenzindividualismus der liberalen Demokratie konsolidiert diese alternative Form von Demokratie jene Bindungen, die eine Gemeinschaft konstituieren.

PROBLEME DER KONSENSDEMOKRATIE

Die Konsensdemokratie ist Teil einer Konzeption, die schon vor dem modernen Denken bestand. Sie findet sich in Gesellschaften, die auf der Notwendigkeit kollektiver Arbeit basieren. Im allgemeinen handelt es sich um Ackerbau- oder Viehzuchtgesellschaften, in denen kommunitäre Lebensformen weiterbestehen. Die kollektive Arbeit auf dem Feld erfordert Kooperation, gegenseitige Hilfe und gemeinsam getragene Entscheidungen. Allerdings werden die praktizierten Prozeduren der Konsensbildung selbst nie in Frage gestellt; sie beziehen sich auf eine gemeinsam akzeptierte Tradition und bilden einen Teil der etablierten Bräuche.

Doch die traditionellen Gemeinschaften zerbrechen, wenn sie zu »modernen« Lebensformen übergehen. Demokratie soll nun das Ergebnis des konzertierten Willens autonomer Individuen sein; sie gründet nicht mehr auf den Gebräuchen, die durch die Tradition übermittelt worden sind, sondern auf der Verordnung durch das Gesetz, das von den individuellen Bürgern beschlossen worden ist. Daher müssen wir fragen: Können die Konzeptionen vormoderner Gemeinschaften auf die modernen individualistischen Gesellschaften übertragen werden? Nun es ist unmöglich, zur Vergangenheit zurückzukehren; wir können nicht Lebensformen wiederbeleben, die in weniger komplexen Agrargesellschaften ausgebildet worden sind. Dennoch können sie uns einen Weg anbieten, den Individualismus und den Mangel an politischer Teilnahme der saturierten Menschen in den gegenwärtigen liberalen Demokratien zu überwinden. Zu diesem Zweck ist es nötig, die Prinzipien der liberalen Demokratie auf die

[2] Carlos LENKERSDORF: *Los hombres verdaderos. Voces y testimonios tojolabales*, México: Siglo XXI, 1997, 80.



Höhe einer erneuerten kommunitären Demokratie zu heben (im Sinne des hegelschen Aufhebens: erhalten und überwinden).

Aus diesem Vorschlag ergeben sich einige theoretische Probleme, wobei mir zwei besonders wichtig erscheinen:

1. Die Verfahren, um in den erwähnten Gemeinschaften zu einem Konsens zu gelangen, leiten ihre Legitimität aus einer ererbten kollektiven Weisheit ab, die sich oft in jahrhundertealten Mythen ausdrückt; sie bilden einen Teil der gültigen moralischen Konventionen. Ihre Akzeptanz drückt sich in der reiterativen Haltung gegenüber den traditionellen Lebensformen und Konzeptionen aus. In einer solchen Moral hat der Dissens einer Gruppe oder eines Individuums keinen Ort; er stört das gemeinsame Leben und wird daher als illegitim angesehen. In den gegenwärtigen partizipativen Demokratien sucht man dagegen die Legitimität des Konsenses in einer Übereinstimmung zwischen personalen Freiheiten. Im Konsens als Produkt autonomer Entscheidungen aller Bürger wird nun ein Dissens gegenüber jeder beliebigen Form von Tradition und auch gegenüber einem zuvor vereinbarten Brauch für legitim erachtet. Er setzt eine Norm voraus, die ihrer Bedeutung nach noch vor der Akzeptanz der kollektiven Traditionen steht: den Respekt der Autonomie jedes Mitglieds des Kollektivs und daher auch des Rechtes auf Dissens.

2. Wie Wiredu in treffender Weise zeigt, setzt die Konsensdemokratie voraus, daß alle Mitglieder der Gemeinschaft durch den Dialog ein substanzielles gemeinsames Gut entdecken können. *»Menschen haben die Fähigkeit, sich durch ihre Differenzen hindurch bis zum tiefsten Grund der Identität ihrer Interessen durchzukämpfen.«*[3] Tatsächlich ist es in vormodernen Gemeinschaften möglich, daß das Volk hinsichtlich der höchsten Ziele und Werte übereinstimmt, die aufgrund der Tradition akzeptiert werden und so der Gemeinschaft eine Einheit vermitteln. Die modernen und komplexen demokratischen Gesellschaften hingegen teilen diese Voraussetzung nicht notwendigerweise. Die liberale Konzeption der Demokratie stützt sich auf die gegenteilige Annahme; sie antwortet auf die vielfältigen Vorstellungen vom »Gemeinwohl«, denen wiederum divergierenden Interessen entsprechen.

So stellt sich die Frage: Kann man diese Praxis liberaler Demokratien verändern, um das Prinzip des Konsenses zu fördern? Mir scheint, daß die Antwort je nach dem Entscheidungsbereich, um den es sich handelt, verschieden ausfallen muss. Im lokalen Bereich, in Kommunitäten, Gemeinden und auch unter autonomen Völkern, wo die Bürger den persönlichen Kontakt miteinander pflegen können und wo unterhalb der Diskrepanzen ein Bewußtsein der gemeinsamen Bedürfnisse vorhanden ist, ist es möglich, Verfahren zur Konsensbildung zu erhalten oder wieder neu zu schaffen, die sich mit der Lösung lokaler Probleme befassen, die alle Mitglieder dieser besonderen Gemeinschaft betreffen.

Im weiten Bereich eines komplexen Landes sind hingegen zwischenmenschliche Kommunikation und die wechselseitige Kenntnis der gemeinsamen Probleme selten. Auf dieser Ebene besteht tatsächlich eine Pluralität von Gruppen mit unterschiedlichen Perspektiven und Interessen, die nicht kommuniziert werden. Deshalb bleibt nur ein Basiskonsens, der eine *Interessensidentität* wiederspiegelt: den Respekt vor der Pluralität der Ansichten über das Gemeinwohl, die Anerkennung der Verschiedenheiten. Dies ist sozusagen ein Wert zweiten Grades, er besteht in der gleichrangigen Betrachtung der substanziellen Werte, die die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft für sich wählen. Ein solcher Wert ist jedoch nicht unwichtig. Die Anerkennung der Differenzen bedeutet, jedem das Seine zu geben, was eine alte Definition von Gerechtigkeit darstellt. Gerechtigkeit ist Gleichheit bei der Behandlung aller Differenzen.

»... daß letztendlich die Interessen aller Mitglieder der Gesellschaft die gleichen sind, auch wenn die augenblickliche Wahrnehmungen ihrer Interessen unterschiedlich sein kann.«

Kwasi Wiredu: in *Demokratie und Konsensus*, polylog Nr. 2 (1999) S. 16

[3] Kwasi Wiredu: ebd. (Fn. 2): S. 16.

Da es in der modernen Demokratie nicht nur eine einzige Konzeption von Gemeinwohl gibt, über die durch die Tradition bereits vorweg Konsens besteht, kann hier nur über jene Punkte ein Konsens hergestellt werden, in denen die verschiedenen Konzeptionen und Programme partiell koinzidieren, nach der Art des *overlapping consensus*, von John Rawls. Um einen solchen Konsens zu erreichen, ist es erforderlich, daß der rationale Dialog vom Willen zur Kooperation begleitet wird. Das Prinzip der Gleichheit in der Anerkennung der Differenzen muß das Erreichen dieses rationalen Teilkonsenses leiten. Die Konsensdemokratie, glaube ich, muß institutionelle Lösungen für diese Probleme anbieten.

Der plurale Staat

Ich möchte im folgenden einige programmatische Ideen vorschlagen, um den eben dargestellten Problemen zu begegnen. Möglicherweise stimmen sie mit Wiredus Konzeption überein.

Das Projekt einer radikalen oder partizipativen Demokratie wird sich nur dann vollständig realisieren lassen, wenn wir von einem homogenen Nationalstaat zu einem pluralen Staat übergehen, der auf der Anerkennung aller Differenzen beruht. In ihm muß das Verfahren einer repräsentativen Demokratie mit jenen Institutionen in Einklang gebracht werden, die die Entwicklung einer partizipativen Demokratie ermöglichen. In den Bereichen, in denen die Leute direkt miteinander kommunizieren können, um zu gemeinsamen Entscheidungen zu kommen, wird diese Form von Demokratie die Erneuerung der Gemeinschaft fördern. Konstituiert wird die radikale Demokratie durch Autonomieverträge des Staats mit den verschiedenen Völkern (Nationalitäten, Ethnien, Stämmen), die den pluralen Staat bilden. Jede autonome Region delegiert dann ihrerseits einen großen Teil der administrativen und politischen Macht an die lokalen Bereiche, wo das wirkliche Volk lebt und arbeitet: Kommunitäten, Gemeinden und Delegationen, aber auch der Arbeitsplatz, Kooperativen, Universitäten, Industrien. In diesen Bereichen können konsensuelle Entscheidungen gefaßt werden.

Auf einer zweiten Ebene müssen Beziehungen zwischen den Gemeinschaften hergestellt werden. Sie sind von der regulativen Idee der gleichberechtigten Anerkennung aller autonomen Regionen und innnerhalb dieser, der Gemeinschaften, aus denen sie bestehen, geleitet. Auf dieser Ebene muss ausgehend von den Verfahrensweisen einer repräsentativen Demokratie eine föderale Macht bestehen. In Angelegenheiten von besonderer Bedeutung und wo das Gemeinwohl der Bürger betroffen ist, kann eine Teilnahme aller durch die etablierten Formen der Konsultation, des Referendums und des Plebiszits sichergestellt werden.

All das bedeutet nicht die Auflösung der repräsentativen Demokratie, sondern ihre Ergänzung durch Formen der direkten Demokratie, die es erlauben, sich an Formen des Konsenses anzunähern. Es bedeutet auch nicht die Eliminierung der politischen Parteien, sondern die Beschränkung ihrer Befugnisse. In den regionalen und lokalen Bereichen, wo sie für die Konsensfindung nicht förderlich sind, werden sie daher fehlen. Auf der nationalen Ebene hingegen sind sie notwendig, aber ihre Funktion beschränkt sich auf die Fragen, die zwischen den verschiedenen Gemeinschaften aufbrechen.

Mir scheint, daß die Erneuerung der Formen der Konsensdemokratie – ein gemeinsames Anliegen bedeutender Bewegungen sowohl in Afrika und als auch im indianischen Amerika – eine Alternative eröffnen kann, um die Grenzen der liberalen Demokratie westlichen Typs zu überwinden. Vor allem kann sie der Beginn einer noch unbekannten Form von Erneuerung der Gemeinschaft sein.

Bisher sind zu diesem Thema erschienen:

Niels Weidtmann:
Eine Einführung in das Denken von Kwasi Wiredu
in: polylog 2

Anke Graness:
Der Konsensbegriff
in: polylog 2

Emmanuel Chukwudi Eze:
Demokratie oder Konsensus?
in: polylog 2

Gail Presbey:
Akan-Chiefs und Königsmütter im heutigen Ghana
in: polylog 2

Dieter Senghaas:
Polylog bedarf der Transdisziplinarität
in: polylog 3

Olusegun Oladipo:
Tradition und die Frage der Demokratie in Afrika
in: polylog 3